
Positionspapier

Nie wieder ist jetzt! Gegen jeden Antisemitismus.¹

Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e.V. ist geschockt von den Angriffen der Terrororganisation Hamas und des Islamischen Dschihad am 07. Oktober 2023 auf Israel. Die Terroristen verübten gezielt Massaker an Zivilist:innen, darunter auch Kinder und Jugendliche, verschleppten Geiseln in den Gazastreifen und beschießen seitdem israelische Städte mit Raketen. Dieser Akt des Terrors ist das größte Pogrom an Jüdinnen und Juden seit der Shoah².

Zusammen mit anderen Jugendverbänden pflegen wir seit den 1960er-Jahren enge Beziehungen zu unseren Partner:innen in Israel. Über Generationen wurden im deutsch-israelischen Jugendaustausch Freundschaften geschlossen, Geschichte aufgearbeitet und Beziehungen entwickelt, praktisch gelebt und gefestigt. Wir drücken den Familien der Getöteten und Verschleppten und allen weiteren Betroffenen unser tiefes Mitgefühl aus. Wir stehen in voller Solidarität mit unseren Freund:innen des israelischen Jugendrings und mit der israelischen Zivilgesellschaft zum Existenzrecht Israels.

Wir zeigen uns auch solidarisch mit und sind in unseren Gedanken bei der zivilen Bevölkerung in Gaza, die unter der aktuellen Situation leidet. Insbesondere stehen wir für das Recht auf ein menschenwürdiges Leben von Kindern und Jugendlichen in allen Regionen ein. Eine humanitäre Krise in Gaza muss verhindert werden.

Nicht zuletzt seit den Terrorangriffen von Hamas und Islamischem Dschihad auf Israel sehen wir voller Entsetzen in der Bundesrepublik antisemitische Demonstrationen, bei denen der Terror und die vielen Toten gefeiert und gerechtfertigt werden. Wohnhäuser werden mit Davidsternen markiert. Synagogen sowie andere jüdische Einrichtungen müssen wieder verstärkt geschützt werden, da diese angegriffen werden. Die Bedrohungslage für Jüdinnen und Juden in Deutschland ist nochmal massiv gestiegen.

Wir widersprechen allen, die zu antisemitischer oder antizionistischer³ Gewalt aufrufen oder diese rechtfertigen. Jüdinnen und Juden sind ein Teil der Bevölkerung in Deutschland, sie sind ein Teil von uns. Es gibt keine Rechtfertigung für die Gewalt und den Terror, die von der Hamas ausgehen. Der Verbreitung von Hass und Hetze muss ein Ende gesetzt werden! Terror verherrlichende und geschichtsrevisionsistische Äußerungen müssen von den deutschen Behörden unverzüglich und konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

¹ Der BDL ist Mitglied im Deutschen Bundesjugendring und unterstreicht mit dieser Positionierung den in weiten Teilen gleichlautenden Beschluss des Deutschen Bundesjugendrings „Nie wieder ist jetzt! Gegen jeden Antisemitismus!“, beschlossen von der Vollversammlung am 28.10.2023 in Berlin.

² Shoa: „Ursprünglich ein herbäisches Wort, das „Katastrophe“ bedeutet, hat es im Kontext der nationalsozialistischen Verbrechen eine spezifische Bedeutung angenommen. (...) Der Begriff hat eine tiefe symbolische Kraft, die die Einzigartigkeit und das Ausmaß der Verbrechen während des Holocausts betont. (...) Die Verwendung von „Shoa“ ist nicht nur sprachlich und historisch bedeutsam, sondern auch eine moralische Verpflichtung, sicherzustellen, dass die Erinnerung an die Opfer und ihre Leiden niemals verblassen wird.“ siehe Online-Portal Zukunft braucht Erinnerung. <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/shoah/> (Zugriff online zuletzt am 13.11.23)

³ Antizionismus bedeutet „die Ablehnung des Existenzrechtes des Staates Israel, also die Negierung des Anspruchs von Juden auf nationale Selbstbestimmung. Bewusst oder unbewusst läuft diese Position auf die Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden und eine damit verbundene Verfolgung hinaus.“ Mehr dazu unter Bundeszentrale für politische Bildung, Antizionistischer Antisemitismus <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37954/antizionistischer-antisemitismus/> (Zugriff online zuletzt am 13.11.23)

Gleichzeitig darf dies nicht dazu führen, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit pauschal eingeschränkt wird und der Kampf gegen Antisemitismus als Deckmantel für antimuslimischen Rassismus genutzt wird.

Antisemitische Organisationen dürfen ihre Ideologie in einer Demokratie nicht verbreiten, denn an deren Ende steht stets Gewalt. Die staatliche Förderung für solche Organisationen muss unverzüglich eingestellt werden. Die Bundesregierung und die EU-Kommission müssen die finanzielle Förderung solcher Organisationen einstellen, diese Organisationen konsequent verbieten und die Verbote durchsetzen. Sämtliches staatliches Handeln im Kampf gegen Antisemitismus muss auf den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ausgerichtet sein.

Wir stehen gegen jeden Antisemitismus ein. Die politisch Verantwortlichen sind jetzt noch stärker in der Pflicht, die Zivilgesellschaft beim Kampf gegen Antisemitismus zu stärken. Insbesondere Arbeit zu israelbezogenem Antisemitismus, Jugendbegegnungen und politischer Bildung müssen massiv gestärkt und dürfen in keinem Fall gekürzt werden.

Zusammen mit den anderen Jugendverbänden und Landesjugendringen im Deutschen Bundesjugendring stehen wir geschlossen zusammen in Vielfalt für eine solidarische und gerechte Welt, in der es für Antisemitismus keinen Platz geben kann. Wir erneuern hiermit unser Bekenntnis zum Kampf gegen jeden Antisemitismus! Angesichts der deutschen Geschichte übernehmen wir Verantwortung und setzen uns für Toleranz und Respekt, Achtung der Menschenwürde und friedliches Miteinander, Religionsfreiheit, Akzeptanz, Freiheit und Freundschaft ein. Integration verstehen wir als einen andauernden Prozess des Zusammenwachsens und die Sicherung von Chancengleichheit. Frieden, Stabilität, Sicherheit und Demokratie sind für uns Grundbedingungen eines guten Miteinanders.

Für uns als BDL bedeutet das in unserem Verbandsalltag:

- wir zeigen Solidarität mit Betroffenen
- wir setzen uns gegen Falschinformationen und Populismus ein
- wir treten Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung entgegen und fördern die Sensibilisierung zu jeglichem Rassismus und den verschiedenen Formen von Diskriminierung
- wir machen unsere Position und unsere Forderungen gegenüber politischen Vertreter:innen und im Rahmen von Veranstaltungen sowie in unserer Öffentlichkeitsarbeit deutlich
- wir setzen uns für internationalen Austausch und interkulturelles Lernen ein
- vor Ort können wir Unterstützung für Geflüchtete und Betroffene bieten, in Form von Unterkünften, Spenden oder Hilfe im Alltag
- wir bieten unseren Mitgliedern einen Raum um sich nach Bedarf auszutauschen, zu vernetzen und zu informieren

Einstimmig beschlossen am 12.11.2023 von der Bundesmitgliederversammlung in Berlin.